

Jahresbericht 2018

Rechenschaftsbericht des Vorstands



Impressum

Jahresbericht 2018
Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe
Königstr. 37a
53115 Bonn

Tel.: 0228-96 50 510

Fax: 0228-96 38 206

Mail: europa@globalpolicy.org

Homepage: www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Bonn, Juni 2019

Inhalt

I.	Überblick	4
II.	Arbeitsschwerpunkte 2018	6
	1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs.....	6
	2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung.....	15
	3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte.....	19
III.	Finanzbericht 2018	24
IV.	Daten und Fakten 2018	27
	1. Vorstand und Mitarbeiter/innen.....	27
	2. Veröffentlichungen.....	28
	3. Chronologie der GPF-Aktivitäten.....	31
	4. GPF im Internet.....	33

I. Überblick

Die Umwelt- und Entwicklungspolitik war auch im Jahr 2018 geprägt von der Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und den Vereinbarungen des Pariser Klimagipfels. Sowohl auf internationaler Ebene als auch in Deutschland ging es nun darum, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. In Deutschland geschah dies unter anderem im Rahmen der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Januar 2017 verabschiedet worden war. Sie wurde bereits im Jahr darauf im Rahmen eines Peer Reviews von einer Gruppe internationaler Expert/innen unter die Lupe genommen. Ihr Urteil fiel gemischt aus – grundsätzlich sei Deutschland gut aufgestellt, trotzdem gebe es Defizite: Helen Clark, Vorsitzende der internationalen Peer-Review-Gruppe, stellte dazu fest:

In einigen Bereichen war die Peer Review (Gruppe) der Ansicht, dass die Strategie hinsichtlich Umfang und/oder Geschwindigkeit der Fortschritte ambitionierter sein könnte, zum Beispiel bei der Reduzierung der Bodendegradation auf null, der Trendumkehr beim Verlust der biologischen Vielfalt, dem Ausstieg aus der fossilen und nuklearen Energieerzeugung, beim Erreichen einer Kreislaufwirtschaft sowie bei der Förderung einer informierten öffentlichen Debatte hinsichtlich der Frage, warum eine nachhaltige Entwicklung sowohl für Deutschland als auch für den Rest der Welt von entscheidender Bedeutung ist.

Problematischer war allerdings, dass die Agenda 2030 und ihre Ziele auch im Jahr 2018 wenig mit der Wirklichkeit deutscher und internationaler Politik zu tun hatten. Geprägt waren Politik und gesellschaftlicher Diskurs vielerorts stattdessen von defensiven Reaktionen auf wachsende Fremdenfeindlichkeit, einer Renaissance des Nationalismus und verschärften Handelskonflikten. Brexit, Trump und Bolsonaro

sind nur die sichtbarsten Zeichen dieser sich gefährlich verschärfenden Trends.

Die Agenda 2030 mit ihrem ambitionierten Titel „Transformation unserer Welt“ kann als Gegenentwurf zu Unilateralismus und Chauvinismus verstanden werden, indem sie für eine Stärkung multilateraler Zusammenarbeit, weltweite Solidarität und faire Weltwirtschaftsbeziehungen plädiert. Das Global Policy Forum (GPF) hat sich auch 2018 in zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen und Vorträgen mit der Agenda 2030 befasst und über ihre Inhalte informiert. Dies geschah u.a. mit Hilfe verschiedener Studien und Briefing Papers sowie unserer speziellen Website www.2030agenda.de. Eine wichtige Rolle spielten auch zwei Gemeinschaftsprodukte zivilgesellschaftlicher Organisationen, an denen GPF maßgeblich beteiligt war: Der internationale Schattenbericht zur Agenda 2030 „Spotlight on Sustainable Development“ sowie das bundesdeutsche Pendant „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda.“

Die ausreichende Finanzierung der Agenda 2030, insbesondere die Mobilisierung heimischer öffentlicher Ressourcen, ist eine zentrale Erfolgsbedingung für die Verwirklichung der SDGs. Wesentliche Faktoren sind dabei der Aufbau effektiver Steuersysteme und die verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung. GPF hat sich aus diesem Grund auch 2018 mit Fragen internationaler Steuerkooperation und der Bekämpfung von Kapitalflucht in Schattenfinanzzentren und Steueroasen befasst. Dies geschah unter anderem unter dem Dach der Global Alliance for Tax Justice.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit dem wachsenden Einfluss von Akteur/innen des Privatsektors

(Privatwirtschaft und private Stiftungen) auf internationale Politikprozesse sowie der menschenrechtlichen Regulierung von Unternehmen. In mehreren Publikationen und Veranstaltungen haben wir uns 2018 vor allem mit dem UN-Prozess zur Aushandlung eines verbindlichen Abkommens zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty-Prozess“) befasst.

Einen wichtigen Aspekt unserer Arbeit bildet das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken. Im Zentrum steht dabei die Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society for International Development, Third World

Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.).

Von großer Bedeutung ist daneben auch unsere Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich daneben im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Aufgrund vermehrter Aktivitäten im Bereich Globale Gesundheit ist GPF im Jahr 2018 dem Geneva Global Health Hub (G2H2) beigetreten, einem zivilgesellschaftlichen Bündnis zu Globaler Gesundheit.

Schließlich sind wir im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice aktiv, die wir mitgegründet haben.

GPF Europe ist Mitglied in diesen Allianzen und Netzwerken

Reflection Group
on the **2030 Agenda** for
Sustainable Development

 **SOCIAL WATCH**

 **GLOBAL ALLIANCE FOR TAX JUSTICE**

 **NETZWERK STEUER-GERECHTIGKEIT**

CorA Corporate
Accountability
Netzwerk für Unternehmensverantwortung

TREATY ALLIANCE
GLOBAL MOVEMENT FOR A BINDING TREATY

 **G2H2** GENEVA GLOBAL HEALTH HUB

II. Arbeitsschwerpunkte 2018

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

Auch 2018 standen die Diskussionen und Prozesse rund um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Mittelpunkt unserer Arbeit. Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda

for Sustainable Development. In Deutschland haben wir gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO und anderen Nichtregierungsorganisationen die Zusammenarbeit im Kontext der Agenda 2030 aktiv mitgestaltet. Dies geschah im Rahmen von eigenen Veranstaltungen, der Mitwirkung an Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträgern sowie von mehreren Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2018 in fünf Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst. In Deutschland haben wir mit unserem Projekt [2030.de – Schlüsselthemen der Agenda 2030](#) bearbeitet. Unterstützt wurde das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global.

Mit zusätzlicher Unterstützung von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt führten wir in zahlreichen deutschen Städten [Vortragsveranstaltungen](#) zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es insbesondere um die Frage, welche Rolle die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele spielen können. Außerdem koordinierte GPF auch 2018 die Publikation des [Schattenberichts](#) deutscher Nichtregierungsorganisationen zur Umsetzung der SDG in und durch Deutschland („*Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2018 - So geht Nachhaltigkeit!*“).

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der [Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development](#) fortgesetzt, in der wir u.a. mit Social Watch, dem Third World Network, DAWN, Public Services International, dem Center for Economic and Social Rights und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2018 den zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2018*).

Daneben haben wir 2018 das Kooperationsprojekt [Global Policy Watch](#) fortgesetzt, in dem erstmals GPF New York, GPF Europe und Social Watch zusammenarbeiten. Ziel ist es, aktuelle Informationen und Analysen über die Agenda 2030 und ihre Umsetzung vor allem für Gruppen im globalen Süden bereitzustellen. Gleichzeitig sollen ihre Positionen in die Diskussionen auf UN-Ebene eingespeist und die weltweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen „Watchdog Organisationen“ unterstützt werden. Finanziell gefördert wird dieses Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Die Agenda 2030 als Referenzrahmen neuer zivilgesellschaftlicher Bündnisse

von Jens Martens

Die Mobilisierungswirkung der Agenda 2030 und ihrer Ziele ist bemerkenswert. Wie die UN-eigene SDG Action Campaign berichtet, haben sich allein am weltweiten Aktionstag für die SDGs am 25. September 2018 mehr als eine Million Menschen in 1.297 Städten in 160 Ländern mit 1.752 Aktionen beteiligt.¹

Immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen nutzen den Umsetzungsprozess der Agenda 2030, um von der kommunalen bis zur globalen Ebene neue Allianzen zu schmieden. Viele sehen einen Mehrwert in einem stärkeren interdisziplinären Austausch von Gruppen aus verschiedenen Arbeitsbereichen rund um die SDGs. Dazu zählen neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Menschenrechtsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen. Beispiele sind die globale Initiative Action for Sustainable Development, SDG Watch Europe, die Plattform Agenda 2030 in der Schweiz und das Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln.

Entstanden sind einige dieser Initiativen bereits im Vorbereitungsprozess der SDGs. Das gilt z.B. für die brasilianische Civil Society Working Group for the 2030 Agenda, die 2014 gegründet wurde, oder die nigerianische Civil Society Coalition on Sustainable Development (CSCSD).

Manche Bündnisse haben einen klaren inhaltlichen Fokus und eine entsprechend themenorientierte Mitgliedschaft, beispielsweise die Disability Alliance on SDGs in Bangladesch. In anderen Ländern haben sich sektorübergreifende Koalitionen gebildet, die das gesamte Themenspektrum der Agenda 2030 auch in ihrer Mitgliedschaft abbilden.

So hat die CSO Platform on SDGs in Ghana rund 150 Mitgliedsorganisationen, darunter lokale Gruppen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, religiöse Gruppen, Gewerkschaften und internationale NGOs. Sie arbeiten in 17 Untergruppen zu jedem der SDGs zusammen.

In einigen Ländern bildeten sich Arbeitsgruppen, um Beiträge zu den nationalen SDG-Berichten ihrer Regierungen zu erstellen oder eigene Schattenberichte (inzwischen gelegentlich nach dem Vorbild des entsprechenden internationalen Berichts als *Spotlight Report* bezeichnet) zu produzieren.

Auch in Deutschland hat sich zu diesem Zweck ein informelles Bündnis mit wechselnder Zusammensetzung gebildet, das seit 2016 unter dem Obertitel „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“ einen jährlichen SDG-Schattenbericht veröffentlicht.² Daneben koordinieren das Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO ein informelles „Netzwerk Agenda 2030“, in dem Verbände aus verschiedenen Themenbereichen sporadisch kooperieren. Zu einer weitergehenden Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit im 2030-Prozess kam es auf Bundesebene bislang nicht.



¹ <http://act4sdgs.org/>

² www.2030report.de

In Österreich und in der Schweiz haben sich dagegen neue zivilgesellschaftliche Allianzen zur Agenda 2030 gebildet. In Österreich haben sich im September 2017 rund 130 Organisationen zu SDG Watch Austria zusammengeschlossen (<https://www.sdgwatch.at/de/>). Sie setzen sich gemeinsam für eine ambitioniertere Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele in Österreich ein.



Ebenfalls im September 2017 gründete sich in der Schweiz die Plattform Agenda 2030 (<https://plattformagenda2030.ch/>). Sie ist ein Zusammenschluss von rund 40 zivilgesellschaftlichen Akteur/innen aus den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltschutz, Gender, Frieden, nachhaltiges Wirtschaften und

Gewerkschaften, die gemeinsam zur Umsetzung der Agenda 2030 in und durch die Schweiz beitragen wollen. Bei der Schweizer Plattform Agenda 2030 handelt es sich um einen eigenständigen Verein mit Statuten, Vorstand und eigenem Budget. Er ist damit eines der am weitesten institutionalisierten nationalen Bündnisse im 2030-Prozess.



Praktisch alle Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Agenda 2030 gebildet haben, verstehen sich als regierungsunabhängig und halten eine mehr oder weniger kritische Distanz zur offiziellen Politik. Zugleich haben sie aber das Ziel, die Politik ihrer Regierungen zu beeinflussen und erwarten, am SDG-Umsetzungsprozess aktiv beteiligt zu werden.

Zahlreiche Regierungen haben zivilgesellschaftliche Interessengruppen in die Erstellung ihrer freiwilligen nationalen Berichte (Voluntary National Reviews, VNRs) einbezogen, einige ihrer Vertreter/innen in die offizielle Delegation

beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (HLPF) aufgenommen und sie zum Teil auch an den Präsentationen der nationalen Berichte in New York beteiligt. Das war auch bei Ländern der Fall, in denen der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten traditionell gering ist oder in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt wurde, wie z.B. der Türkei und Saudi Arabien.

Allein die Mitwirkung gewisser zivilgesellschaftlicher Organisationen in den nationalen SDG-Umsetzungsprozessen und die Bildung neuer Allianzen sagt somit noch nichts darüber, ob und in welcher Weise sie politikverändernd im Sinne des Transformationsanspruchs der Agenda 2030 (oder eher regimestabilisierend) wirken. Dies verweist auf einige grundsätzlichere Fragen und Dilemmata, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 konfrontiert sind.

Probleme und Dilemmata

Trotz des Booms neuer Initiativen im Zusammenhang mit der Agenda 2030 sind die SDGs in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor unbekannt. Laut einer repräsentativen Umfrage der Welthungerhilfe vom September 2018 sind die SDGs 93 Prozent der deutschen Bevölkerung entweder nicht bekannt (44 Prozent) oder sie haben davon nur dem Namen nach (49 Prozent) gehört. Lediglich sieben Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich mit den SDGs „ganz gut auskennen“ würden.³

Im öffentlichen Diskurs spielt die Agenda 2030 bislang kaum eine Rolle. In vielen Länder wird der Diskurs derzeit eher beeinflusst von rechtsnationalen oder fundamentalreligiösen Bewegungen, von der Alt-Right-Bewegung in den USA bis zu neo-evangelikalischen Sekten in Lateinamerika. In ihrem Dunstkreis haben in einer wachsenden Zahl von Staaten autoritäre Regime die Macht erlangt oder gefestigt. Häufig

3 www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2018-umfrage-haltung-zur-entwicklungspolitik.pdf, S. 19.

verfolgen sie einen nationalistischen, fremdenfeindlichen Kurs, der im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Agenda 2030 steht.

Angesichts dieser widersprüchlichen Trends stellt sich für zivilgesellschaftliche Organisationen die grundsätzliche Frage nach der politischen Relevanz der Agenda 2030 und ihrer breiteren Mobilisierungswirkung. Daneben sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit einer Reihe weiterer Fragen konfrontiert, mit denen sie sich (selbst-)kritisch auseinandersetzen sollten:

1. Ist die Agenda 2030 ein relevanter politischer Referenzrahmen für zivilgesellschaftliches Handeln?

Angesichts der Themen, die die Schlagzeilen der Medien und die politischen Debatten bestimmen (von Brexit über Syrienkrise und internationale Handelskonflikte bis zur Migrationspolitik), scheint die realpolitische Relevanz der Agenda 2030 begrenzt zu sein. Gleiches gilt für die zuständigen Institutionen innerhalb des UN-Systems. In der Weltpolitik spielt die Musik weiterhin eher bei den Gipfeln der G20 und den Jahrestagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank als beim HLPF der UN.

Andererseits gewinnen die Themen und Ideen der Agenda 2030 in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus an Bedeutung, auch in Deutschland. Beispielhaft zeigt sich dies an der öffentlichen Mobilisierung rund um den Braunkohleabbau am Hambacher Forst, der Großdemonstration unter dem Motto „Unteilbar (#unteilbar) – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung“ im Oktober 2018 in Berlin, oder auch am Appell von Bundesaußenminister Heiko Maas vom August 2018, eine „Allianz für den Multilateralismus“ zu schaffen.⁴ All diese Aktivitäten kamen allerdings ohne explizite Verweise auf die Agenda 2030 und die SDGs aus.

Die Agenda 2030 hat dennoch das politische Potential, als Gegenmodell gegen nationale Borniertheit und als „Kompass“ (BMZ) für den notwendigen Wandel in allen Politikfeldern zu dienen. Bislang wurde dieses Potential weder von der Politik noch von der Zivilgesellschaft ausgeschöpft.

Zivilgesellschaftliche Gruppen sollten prüfen, auf welche Weise sie sich in den politischen Auseinandersetzungen über sozial-ökologische Transformationsprozesse systematischer auf die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele als Referenzrahmen beziehen können.

2. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen dem Kohärenzanspruch der Agenda 2030 gerecht werden?

Die Umsetzung der Agenda 2030 erfordert von den Regierungen, Silodenken zu überwinden und kohärentes Agieren über Ressortgrenzen hinweg zu fördern. Die Agenda 2030 soll das gesamte Regierungshandeln prägen (und nicht nur das der Umwelt- und Entwicklungsministerien). Gefordert wird ein „Whole of Government“-Ansatz, um der Komplexität der Agenda 2030 und der Interdependenz ihrer Ziele gerecht zu werden.

Die Forderung, das Silodenken zu überwinden, lässt aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen nicht unberührt, denn auch sie agieren meist in thematischen Silos; sie konzentrieren sich naturgemäß auf ihre jeweilige Domäne und organisieren sich traditionell in ihren thematischen Dachverbänden. Die Konsequenz aus dem Kohärenzgebot der Agenda 2030 darf nun selbstverständlich nicht lauten, dass sich künftig Alle um Alles kümmern müssen. Die Frage lautet vielmehr, wie zivilgesellschaftliche Organisationen einerseits den Erfordernissen nach fachlicher Spezialisierung und andererseits den eigenen Ansprüchen nach ganzheitlichen, sektorübergreifenden Perspektiven gerecht werden können. Wie könnte ein „*Whole of Civil Society*“-Ansatz aussehen? Wo sind die zivilgesellschaftlichen Orte zur kohärenten Begleitung der Agenda 2030 auf lokaler, nationaler und globaler Ebene?

⁴ www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-allianz-multilateralisten/2129908

3. Wie kann die Bekanntheit der Agenda 2030 gesteigert werden, ohne ihre Botschaften zu banalisieren?

Die Agenda 2030 ist von diplomatischem Jargon und abstrakten Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ oder „Transformation“ geprägt, die einer breiteren Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar sind. Zudem sind differenzierte Analysen, komplexe Zusammenhänge und die damit verbundenen politischen Forderungen, etwa nach neuen Schuldenfähigkeitskriterien oder innovativen Finanzierungsinstrumenten, zweifellos schwerer kommunizierbar als simple Aufrufe, den Armen zu helfen oder den Hunger in der Welt zu bekämpfen.

Um der breiteren Öffentlichkeitswirkung willen reduzieren daher zuweilen zivilgesellschaftliche Akteur/innen die politischen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit oder der Verringerung ökonomischer Ungleichheiten, wie sie in der Agenda 2030 erhoben werden, zu karitativen Appellen und medienwirksamen aber inhaltsarmen Aktionen.



So bauten beispielsweise im Januar 2015 Aktivist/innen der Kampagne action/2015 beim Weltwirtschaftsforum in Davos 193 Schneemänner mit Schals in den Landesfarben jedes UN-Mitgliedsstaates, zwischen denen Prominente wie Bill Gates, Richard Branson und Bono Selfies produzierten, um damit ein Zeichen gegen Armut und Klimawandel zu setzen (#snowmanselfie).⁵

Um der Faustregel „je flacher die Botschaft, desto breiter die Unterstützung“ entgegenzuwirken, brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen



freilich nicht auf die Unterstützung durch Prominente und Medien verzichten. Vielmehr sollten sie durch Informationsarbeit und Bewusstseinsbildung versuchen, den Grad an Informiertheit und politischem Problembewusstsein bei den Unterstützer/innen der SDGs zu erhöhen. Außerdem sind sie gefordert, in ihrer Arbeit gerade die strukturellen Aspekte und die politischen Rahmenbedingungen der SDG-Umsetzung zu adressieren.

4. Wie können sektorübergreifende Bündnisse zu den SDGs geschaffen werden, ohne dass sich ihre Botschaften wechselseitig neutralisieren?

Je breiter das Spektrum der Unterstützer/innen der SDGs, desto größer auch deren politische Differenzen. So werden beispielsweise Forderungen von Frauenorganisationen und feministischen Gruppen nach aktiver Bevölkerungspolitik und der Förderung reproduktiver Gesundheit (SDG 3 und 5) von manchen katholischen Gruppen abgelehnt. In Deutschland ist das Maß an inhaltlicher Übereinstimmung zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und den Umweltverbänden in Fragen der Klima- und Energiepolitik (SDGs 7 und 13) äußerst begrenzt.

Die Konsequenz daraus sollte aber nicht lauten, im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auf Bündnisse derart ungleicher Partner grundsätzlich zu verzichten. Vielmehr sollten sich die Partner/innen in einem relativ breiten und inhomogenen Bündnis nicht auf die Formulierung umfangreicher Konsenspapiere einlassen.

Stattdessen scheint es effektiver, dass sich die beteiligten Gruppen auf wenige aussagekräftige politische Kernbotschaften konzentrieren, die ihre gemeinsamen Ziele widerspiegeln.

5 Vgl. www.project-everyone.org/case-studies/davos/.

5. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen die Finanzierung ihrer SDG-Aktivitäten sicherstellen, ohne in eine vollständige Abhängigkeit von öffentlichen Geldgebern zu geraten?

Zivilgesellschaftliche Akteur/innen benötigen zur Verwirklichung ihrer Aufgaben Geld. Die Mittel bekommen sie von ihren eigenen Mitgliedern und Spender/innen, von öffentlichen Geldgebern und privaten Stiftungen. Da der „Spendenmarkt“ heftig umkämpft ist und die Mitgliederzahlen bei nichtstaatlichen Organisationen und Vereinen eher rückläufig sind, steigt der Finanzierungsbedarf über öffentliche Stellen und private Stiftungen. Damit steigt aber auch die Abhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen von diesen Geldgebern.

Da die Mittelvergabe naturgemäß zweckgebunden erfolgt, haben diese maßgeblichen Einfluss darauf, welche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im SDG-Umsetzungsprozess gefördert werden.

Um ihre Chancen auf die Bewilligung von Fördermitteln zu erhöhen, verzichten manche zivilgesellschaftliche Gruppen auf allzu harsche Regierungskritik und präsentieren sich eher als „Partner/innen“ oder gar „implementing agencies“ der Regierungen.

Die öffentliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist zunächst grundsätzlich zu begrüßen. Es muss aus zivilgesellschaftlicher Sicht allerdings (selbst)kritisch geprüft werden, inwieweit öffentliche Stellen dadurch Einfluss auf die Programmatik und Prioritätensetzung der geförderten Gruppen nehmen und diese Gefahr laufen, ihre politische Unabhängigkeit zu verlieren. Außerdem ist zu prüfen, ob es durch die Auflagen der staatlichen Financiers zu einer Verlagerung zu Projekten kommt, mit denen gegenüber den Geldgebern kurzfristige und quantitativ messbare Erfolge präsentiert werden können – auf Kosten von strukturellen Maßnahmen, für die ein „langer Atem“ erforderlich wäre.

6. Wie kann der Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Organisationen und einem „participation overkill“ entgegengewirkt werden?

Viele Regierungen und internationale Organisationen haben im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Formen der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen entwickelt. Die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft im Rahmen von Dialogveranstaltungen und ihre Beteiligung an den Regierungsberichten im Rahmen des HLPFs dienen u.a. dazu, die gesellschaftliche Unterstützung für die Agenda 2030 und ihre weltweite Umsetzung zu erhöhen. Sie haben aber sicherlich auch den Zweck, Regierungskritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Legitimation staatlichen Handelns zu erhöhen.

Dabei besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmäntelchen oberflächlicher Partizipation und Transparenz gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen strukturelle Demokratiedefizite verschleiert werden – etwa in Hinblick auf die geringen internationalen Gestaltungs- und Kontrollfunktionen der nationalen Parlamente.

Auch in Deutschland entstanden im Zusammenhang mit der Agenda 2030 neue Konsultationsprozesse und Dialogforen zwischen nichtstaatlichen Akteuren und Ministerien, etwa im Rahmen der Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dadurch erhöhte sich zwar die Taktzahl der Begegnungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, ob dies jedoch zu einer substantiell stärkeren Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Positionen in der Politik der Bundesregierung geführt hat, ist ungewiss.

Skeptiker warnen bereits seit Jahren angesichts der boomenden Beteiligungsangebote für die Zivilgesellschaft auf deutscher, europäischer und globaler Ebene vor einem „participation overkill“. Sie befürchten, dass NGOs vor lauter



Partizipieren ihre eigene Agenda aus dem Blick verlieren würden. Partizipation ohne klare politische Strategie und die vorherige Definition der eigenen Agenda kann jedoch schnell in blinden Aktionismus ausarten und fördert allenfalls die Illusion von Einfluss bei den Partizipierenden.

Die Chancen des SDG-Prozesses nutzen

Die genannten Fragen verweisen auf grundsätzliche Probleme, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen nicht erst seit der Verabschiedung der Agenda 2030 konfrontiert sind. Der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 mit ihrem interdisziplinären Anspruch und die Dynamiken, die er bereits vielerorts ausgelöst hat, bieten aber nun neue Chancen, um sich mit diesen Fragen intensiv zu befassen.

Darüber hinaus bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 die Chance, zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln, nicht zuletzt um dadurch reaktionären, nationalchauvinistischen Tendenzen zu begegnen.

Schließlich können zivilgesellschaftliche Organisationen in neuen Allianzen mit gutem Beispiel vorangehen und gegenüber der Politik unter Beweis stellen, dass interdisziplinäre Zusammenarbeit im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes der Agenda 2030 möglich ist.

Bisherige Erfahrungen mit der Bildung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Netzwerke im SDG-Umsetzungsprozess zeigen allerdings, dass einige grundsätzliche Bedingungen erfüllt sein sollten, damit derartige Vorhaben Aussicht auf Erfolg haben. Eine pragmatische Checkliste für die Bildung zivilgesellschaftlicher SDG-Allianzen (oder auch von Allianzen für die sozial-ökologische Transformation) könnte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die folgenden sechs Punkte umfassen:

1. **Interdisziplinäre Beteiligung:** Ein wesentlicher Mehrwert der Agenda 2030 besteht in ihrem ganzheitlichen Ansatz, der nahezu alle Themenbereiche gesellschaftlicher Entwicklung umfasst. Um dem interdisziplinären Anspruch der Agenda 2030 gerecht zu werden, sollte ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Bündnis diese Themenbreite im Spektrum der beteiligten Gruppen und Organisationen widerspiegeln. Dabei sollte auf bestehenden Kooperationen aufgebaut werden, um Parallelstrukturen zu vermeiden.
2. **Unterstützung der Leitungsgremien:** Die interdisziplinäre Zusammenarbeit im SDG-Umsetzungsprozess kann nur dann politische Wirkung entfalten, wenn sie auch von den Spitzen der beteiligten Organisationen und Verbände unterstützt wird. Sie können nicht zuletzt auch für die notwendige (regierungsunabhängige) Finanzierung der Zusammenarbeit sorgen.
3. **Gemeinsame Strategie:** Auch wenn es erfahrungsgemäß wenig ergiebig ist, dass breite gesellschaftliche Bündnisse detaillierte Konsenspapiere aushandeln, so ist eine Verständigung über gemeinsame Ziele unabdingbar. Ein Strategiepapier zur Zusammenarbeit im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 sollte zumindest den grundsätzlichen Zweck der Kooperation, ihre zeitliche Perspektive und die wesentlichen politischen Ziele definieren.
4. **Mindestmaß an Institutionalisierung:** Um die Verbindlichkeit und Arbeitsfähigkeit der Kooperation auf längere Sicht zu gewährleisten, ist ein Mindestmaß an institutionellen Strukturen für eine neue SDG-Allianz unvermeidlich. Das muss nicht bedeuten, ein Zentralkomitee zu gründen oder sich in Geschäftsordnungsdebatten zu verzetteln. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis sollte aber zumindest über transparente und partizipatorische Entscheidungsstrukturen verfügen.
5. **Regelmäßige Treffpunkte:** Bislang gibt es kaum eigenständig organisierte zivilgesellschaftliche Orte, um die Themen der Agenda 2030 systematisch zu diskutieren. Gemeinsame

Treffpunkte über Sektoren hinweg wären aber wichtig, um voneinander zu lernen, Strategien zu entwickeln und politische Differenzen zu erörtern. In der Vergangenheit erfüllten die Weltsozialforen und ihre regionalen und nationalen Pendanten zum Teil solche Funktionen, bewegten sich aber oft bewusst auf Distanz zur politischen Agenda der Vereinten Nationen. Wären im SDG-Prozess nicht selbstorganisierte „HLPFs der Zivilgesellschaft“ wünschenswert – und dies nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler und lokaler Ebene?

6. Öffentlichkeitswirksame Aktionen/

Produkte: Ein interdisziplinäres Bündnis muss auch „nach außen“ gegenüber Politik und Öffentlichkeit sichtbar sein. Dazu sind medienwirksame Aktivitäten erforderlich. Ein Beispiel ist die Publikation gemeinsamer Schattenberichte zur Umsetzung der Agenda 2030. Sie sind nicht nur ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit und der zivilgesellschaftlichen Artikulation gegenüber Regierungen und UN, sondern bieten auch den Anlass für die (Weiter-)Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Formulierung alternativer Politikkonzepte, wie sie zur Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele weiterhin dringend erforderlich sind.

Weitere Informationen

Jens Martens (2018): Zivilgesellschaft und Agenda 2030. Neue Allianzen für die sozial-ökologische Transformation? Bonn: Global Policy Forum.



Side-event während des HLPF im Juli 2018 in New York



Wolfgang Obenland beim GPF-Workshop zur HLPF-Reform im November 2018 in Bonn

Spotlight on Sustainable Development 2018

Exploring new policy pathways

“The world is off-track in terms of achieving sustainable development and fundamental policy changes are necessary to unleash the transformative potential of the SDGs.” This is the main message of the Spotlight Report 2018, the most comprehensive independent assessment of the implementation of the 2030 Agenda. The report is launched on the opening day of the High Level Political Forum at the United Nations in New York by a global coalition of civil society organizations and trade unions.

When UN Member States adopted the 2030 Agenda, they signaled with the title ‘Transforming our World’ that it should trigger fundamental changes in politics and society, argues the report. Yet, “three years after its adoption, most governments have failed to turn the vision of the 2030 Agenda into real policies. Even worse, policies in a growing number of countries are moving in the opposite direction, seriously undermining the spirit and the goals of the 2030 Agenda.”

The Spotlight 2018 report focuses on policies that are needed and, as the authors underline, “possible”:

There is a need for more coherent fiscal and regulatory policies and a whole-of-government approach towards sustainability.

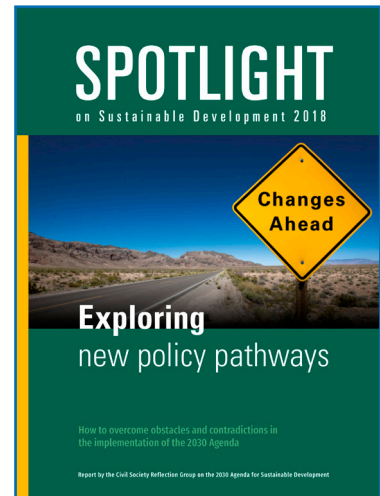
Governments should promote policies that are genuinely coherent in the interest of sustainable development, human rights and gender justice.

The implementation of the 2030 Agenda and the SDGs must not be hidden in the niche of environment and development policies but must be declared a top priority by all heads of government.”

The national strategies for sustainable development should not be regarded as one among many but constitute the overarching framework for all policies.

The 160-page report is supported by a broad range of civil society organizations and trade unions, and informed by the experiences and reports of national and regional groups and coalitions from all parts of the world. The contributions cover many aspects of the 2030 Agenda and the SDGs (and beyond), and reflect the rich geographic and cultural diversity of their authors.

www.2030spotlight.org



So geht Nachhaltigkeit!

Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda | 2018

Mit der Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben die Regierungen der Welt den Rahmen für die globale Nachhaltigkeitspolitik der kommenden zwölf Jahre gesteckt. Die Agenda und ihre Ziele haben das Potential, auch die deutsche Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu prägen. Sie betonen die Notwendigkeit für Veränderungen im eigenen Land und gleichzeitig die internationale Verantwortung Deutschlands. Dabei zeigt sich immer wieder: Der Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der Agenda 2030 liegt auf nationaler und sub-nationaler Ebene. Anstatt die Ergebnisse der Vorgängerberichte von 2016 und 2017 lediglich fortzuschreiben oder sich an der Weiterführung von Prozessen abzuarbeiten, haben sich die herausgebenden Organisationen, Netzwerke und Verbände entschieden, im Jahr 2018 die Aufmerksamkeit darauf zu richten, was trotz mangelhafter politischer Rahmenbedingungen an Ansätzen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen in Deutschland oder anderswo bereits realisiert werden konnte.

In Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda: So geht Nachhaltigkeit! legen die Autor/innen und Interviewpartner/innen dar, wie Nachhaltigkeitspolitik aktiv gestaltet werden kann oder wo sie schon Praxis geworden ist. Zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Initiativen, aber auch Maßnahmen auf lokaler Ebene und Beispiele aus anderen Ländern dienen als Anschauungsobjekte. Diese Ansätze nutzen wir, um „der Politik“ den Spiegel vorzuhalten. Wir zeigen, dass Nachhaltigkeit sehr wohl möglich ist – wenn der politische Wille dafür besteht.

www.2030report.de



2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung

Überblick

Im Jahr 2018 haben wir uns im Programmbereich „Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung“ schwerpunktmäßig mit der Umsetzung der 2015 in Addis Abeba verabschiedeten Aktionsagenda zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in, mit und durch Deutschland auseinandergesetzt. Dazu gehört neben der Begleitung von Prozessen in Deutschland auch das Mitschneiden von Aktivitäten der Bundesregierung auf globaler Ebene, u.a. im Kontext des jährlich stattfindenden ECOSOC Forums on Financing for Development follow-up (FfD-Forum).

Weiterhin blieben wir im Kontext des Netzwerks Steuergerechtigkeit aktiv, das sich in den letzten Jahren stetig konsolidiert hat und mittlerweile sehr von einer hauptamtlichen Koordinatorin profitiert.

Immer geht es darum auszuleuchten, welche Veränderungen in den Ländern des globalen Nordens nötig sind, um den Ländern des Südens die nötigen Spielräume zu eröffnen, ihre Prioritäten in der Verwirklichung der Agenda 2030 tatsächlich zu realisieren.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2018 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinn befasst.

In Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR haben wir unsere vieljährige Zusammenarbeit im Arbeitsbereich fortgesetzt. In diesem Kontext unterstützen wir auch die Arbeit der globalen Financing for Development CSO Group. Außerdem bearbeiten wir immer wieder inhaltliche Querbezüge zum Arbeitsbereich Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte, indem wir die Rolle privater Akteure in der Umsetzung der Entwicklungsfinanzierungsagenda untersuchen.

Im Rahmen unserer Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR sowie in unserem Projekt Global Policy Watch haben wir uns aktiv beim dritten FfD-Forum eingebracht und in Deutschland über die Ergebnisse informiert. Zur Vorbereitung haben wir u.a. in Berlin einen interministeriellen Workshop organisiert, damit auch Zuständige in Häusern außerhalb des BMZ informiert werden. Beim sog. High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) haben wir eine gemeinsam mit Brot für die Welt, MISEREOR, Unfairtobacco und Forum Umwelt und Entwicklung herausgegebene Publikation vorgestellt, die sich u.a. mit „nachhaltiger Finanzierung“ beschäftigt. Auch im Rahmen unseres Projekts Global Policy Watch haben wir Themen der Entwicklungsfinanzierung aufgegriffen, u.a. im Kontext des HLPF.

Zuletzt organisierten wir gemeinsam mit Forum Umwelt und Entwicklung, MISEREOR, Brot für die Welt und Friedrich-Ebert-Stiftung im September eine größere Konferenz mit dem Titel „Mehr Mut zu Multilateralismus“ für eine stärkere globale Zusammenarbeit für strukturell bedeutende Themen wie Verschuldung und Handelspolitik.

Nicht nur Schweizer Käse hat Löcher

Anspruch und Wirklichkeit deutscher Steuergesetzgebung und -praxis*

von Wolfgang Obenland



Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern an die markigen Worte eines Finanzministers Steinbrück, der die Kavallerie gegen Steueroasen ausreiten lassen wollte. Weniger martialisch wollte sein Nachfolger immerhin noch Steuerabkommen mit beispielsweise der Schweiz abschließen, präsentierte sich aber doch als eben so großer Kämpfer in Sachen Steuergerechtigkeit – auch als Befürworter einer Finanztransaktionssteuer, die mittlerweile auf europäischer Ebene zu Grabe getragen worden ist. Weiterhin sieht sich die Bundesregierung als Vorreiterin in Sachen Steuerpolitik, unterstützt internationale Prozesse aller Orten, und gibt Geld aus für die Stärkung von Steuerverwaltungen in Ländern des Globalen Südens. Alle diese lobenswerten Bemühungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung bzw. die ihr nachgeordneten Behörden und Körperschaften fleißig dabei sind, die Löcher offen zu halten, die unser Steuersystem ungerecht bleiben lassen.

Ein besonders drastisches Beispiel für das Wegsehen der Politik in Sachen Steuervermeidung und -hinterziehung hat das Recherchenetzwerk Correctiv im Herbst 2018 erneut öffentlich gemacht. Die sogenannten Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte eines Syndikats von Finanzjongleur/innen

haben den deutschen Staat zwischen 2001 und 2016 etwa 30 Milliarden Euro gekostet. Die Enthüllungen von Correctiv zeigten, dass das Problem nicht der Vergangenheit angehörte – im Gegenteil.¹

Cum-Ex, Cum-Cum, Cum-Fake

Sowohl Cum-Ex als auch die verwandten Cum-Cum-Geschäfte sind sogenannte „steuergetriebene Geschäfte“. Der Name ist Programm: Gewinn wird durch finanzielle Arrangements „erwirtschaftet“, die keinen wirtschaftlichen Nutzen über Steuereinsparungen hinaus haben. Einmal bezahlte Steuern wurden dabei durch komplizierte Arrangements erfolgreich mehrfach vom Staat zurückgefordert.

Zwar hatte Deutschland 2012 Cum-Ex technisch unmöglich gemacht und 2016 nach offizieller Lesart den verwandten Cum-Cum-Geschäften einen Riegel vorgeschoben; in anderen Ländern läuft bzw. lief die Selbstbedienung an Staatskassen durch Vertreter/innen fast aller großen Banken und deren superreicher Kund/innen munter weiter. Der Vorwurf an die deutschen Behörden lautete, ihren internationalen Partnern erst 2015, 13 Jahre nach Bekanntwerden der Geschäftspraktiken in Deutschland, vor dem Modell gewarnt zu haben. Der entstandene Schaden wird auf über 55 Milliarden Euro in mehreren europäischen Ländern geschätzt.²

Die Ursachen der Besteuerungsprobleme liegen sowohl in unzulänglicher Gesetzgebung internationaler Besteuerung von Finanzgeschäften als



* Dieser Text erschien (in leicht geänderter Form) zuerst im Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung, Ausgabe 1/2019.

1 <https://correctiv.org/top-stories/2018/10/18/the-cumex-files/>
2 Ebd.

auch in politischer Protektion von Banken und multinationalen Unternehmen. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit forderte daher weitreichende Maßnahmen in mehreren Domänen, um die Geschäfte endgültig zu beenden.

Steueroase Deutschland?

Dieses Nicht-Handeln deutscher Steuerbehörden hat durchaus System. Nicht umsonst rangiert Deutschland im Financial Secrecy Index (Schattenfinanzindex) des Tax Justice Network³ auf einem wenig rühmlichen 7. Platz. Das liegt primär an Fehlleistungen in Sachen Transparenz. Trotz Reformbemühungen gibt es weiterhin große Schlupflöcher in Gesetzen sowie eine nachlässige Durchsetzung dieser. Die Bundesregierung bleibt beispielsweise skeptisch gegenüber öffentlicher länderbezogener Berichterstattung für transnational agierende Unternehmen und hat sich gegen einen öffentlichen Zugang zu Unternehmensdaten entschieden. Weiterhin verzögert die Bundesregierung den Austausch von Konteninformationen mit sog. Entwicklungsländern und beharrt auf dem Grundsatz, dass nur diejenigen Länder Informationen aus Deutschland erhalten, die ihrerseits Informationen bereitstellen. Für viele Länder des Globalen Südens auch mit weiterer technischer Zusammenarbeit ein Unding. Diese Haltung behindert außerdem die Kontrolle durch Bürger/innen, Medien und Zivilgesellschaften.

Die Sparsamkeit der Politik, wenn es um die Ausstattung der Finanzbehörden mit Personal und Technik geht, ist ein weiterer Umstand, der Deutschland zu einem beliebten Ziel für Steuervermeider/innen bzw. -hinterzieher/innen macht. Die deutschen Steuerbehörden wurden deshalb wiederholt kritisiert: Sie seien zu fragmentiert, technisch unterentwickelt und schlecht ausgestattet. Das behindert den Informationsaustausch zwischen den Ländern und wirkt sich besonders negativ bei der Besteuerung von Wohlhabenden aus. Auch

blieb die jüngste Reform zur Verlagerung der Kompetenz zum Bund, um die Standardisierung zu beschleunigen, erfolglos.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di schätzt die Unterbesetzung bei den Steuerbehörden auf 16.000 Stellen, davon alleine 3.000 fehlende Steuerprüfer/innen und 500 fehlende Steuerfahnder/innen. Unter diesen Umständen sei es fraglich, wie die Steuerverwaltung die durch den automatischen Informationsaustausch empfangene Information über Auslandskonten effektiv verarbeiten wird. Ein durch fehlende Stellen verursachter lascher Steuervollzug könnte also sogar als versteckter Steuerwettbewerb gelten.

In der Praxis sieht das so aus: Das wirtschaftlich wichtige Bundesland Bayern hat wiederholter Kritik und vergleichsweise geringer Prüfungsfrequenz zum Trotz die Zahl der Steuerprüfer/innen seit 2016 nicht erhöht.⁴ In Berlin hat sich die Zahl der Steuerprüfungen bei Personen mit einem Jahreseinkommen über 1 Million Euro in den letzten 10 Jahren massiv verringert. Im März 2019 wurde bekannt, dass die Ermittlungen in Sachen Cum-Ex etc. an zu wenigen Steuerfahnder/innen zu scheitern drohe.⁵



Rückbau progressiver Elemente des Steuersystems

Neben dieser Ungleichbehandlung und Ungleichheiten fördernden Steuerpraxis haben die letzten Jahre mit dazu beigetragen, dass das deutsche Steuersystem einiges seiner Umverteilungswirkung verloren hat. Grundsätzlich soll es progressiv ausgestaltet,

⁴ www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/17_0014893.pdf

⁵ www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cum-ex-steuerskandal-steuerhinterziehung-1.4380902

³ www.financialsecrecyindex.com/

am Prinzip der Leistungsfähigkeit orientiert sein: Personen mit höheren Einkünften sollen einen größeren Teil davon zur Finanzierung des Staates beitragen. Tatsächlich sind Einkommens- und Unternehmenssteuern deutlich progressiv. Der übergroße Teil dieser sog. direkten Steuern wird von den reichsten 50 Prozent der Einkommensbezieher/innen aufgebracht. Grund genug für einige Politiker/innen zum Wohle der Besserverdienenden eine Senkung der Einkommenssteuer, verschleiert hinter Phrasen wie „Mehr Netto vom Brutto“, zu fordern.

Weniger prominent diskutiert werden die sog. indirekten Steuern wie Umsatzsteuern oder Verbrauchssteuern. Diese sind allerdings in aller Regel nicht progressiv ausgestaltet und belasten Empfänger/innen niedrigerer Einkommen mehr. Anstatt zur Bekämpfung ökonomischer Ungleichheiten über eine Senkung indirekter Steuern zu diskutieren, wettern Politiker/innen gerne gegen „Mittelstandsbäuche“ oder fordern „im selben Atemzug mit treuem Augenaufschlag“ die möglichst rasche Abschaffung des – ebenfalls nicht progressiv ausgestalteten – Solidaritätszuschlages. Noch mehr scheuen Politiker/innen eine Diskussion über die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die seit 1997 wegen ihrer nicht verfassungsgemäßen Ausgestaltung nicht mehr erhoben wird.

Reformbedarf in Sachen Ökosteuern

Die Ungleichgewichte in der Steuerbelastung machen dabei nicht bei den Menschen halt. In Deutschland werden fast 2 Drittel des Aufkommens an Steuern und Abgaben durch Belastung des Faktors Arbeit erzielt. Einnahmen aus der Besteuerung umweltschädlicher bzw. Ressourcen verbrauchender Aktivitäten liegen hingegen bei 4 bis 5 Prozent (Steuern auf „Kapital“ machen rund 12 Prozent aus).⁶ Damit liegt Deutschland beim Umweltsteueranteil auch im europäischen Vergleich unter dem Durchschnitt. Seit der Ökologischen Steuerreform ab 1999 mit der

Einführung bzw. Erhöhung von Energiesteuern auf Diesel, Benzin, Heizöl, Erdgas und Strom und der Verwendung der Mittel zur Querfinanzierung der Sozialsysteme (um die degressive Wirkung dieser indirekten Steuern zu mildern), ist der Anteil der Umweltsteuern am Gesamtaufkommen stetig gesunken. Derzeit liegt er unter dem Niveau von vor 1999. Das liegt u.a. daran, dass die Ökosteuern als Festbeträge eingeführt wurden (Cent pro Liter) und eine Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung nicht automatisch vorgesehen war. Statt wirklich neuer Gesetze wären hier maßvolle Anpassungen nötig, um ihre ursprüngliche Intention beizubehalten.

Der öffentlichen Hand sind so mehrere 10 Milliarden Euro in den letzten Jahren entgangen.⁷ Doch neben den Einnahmeverlusten hat diese Steuerpolitik auch Folgen für die Umwelt: Autos verpesten die Luft unserer Städte (vor allem in Gebieten mit ärmeren Einwohner/innen), Nitrate aus der Landwirtschaft belasten unser Trinkwasser, Strom wird noch immer primär aus fossilen Energieträgern gewonnen. Und diese Politik setzt Fehlanreize dafür, Arbeitsplätze einzusparen.

Die steuerpolitischen Instrumente für eine nachhaltigere Gesellschaftsordnung stehen also in ausreichendem Maße bereit. Doch das schönste Instrumentenarsenal nutzt nichts, wenn es in den Werkzeugschränken verrostet und nicht gepflegt und vor allem regelmäßig eingesetzt wird.

6 www.2030report.de/de/bericht/1400/kapitel/tax-bads-not-goods

7 www.foes.de/pdf/2016-07-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

Ein Arbeitsschwerpunkt von GPF im Jahr 2018 lag in dem Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR und mit der

Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten hierzu an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2018 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltete GPF einen Runden Tisch zum weiteren Verlauf des Treaty-Prozesses am Rande der März-Tagung des UN-Menschenrechtsrats. Um die Fachöffentlichkeit in New York über die aktuellen Entwicklungen im Treaty-Prozess zu informieren veranstaltete das GPF gemeinsam mit der RLS, Corporate Accountability, ESCR-Net, FIAN International, Franciscans International, Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity und dem Transnational Institute eine Podiumsdiskussion in New York. Am Rande der 4. Tagung der UN-Arbeitsgruppe zum Treaty im Oktober 2018 bot GPF ein zivilgesellschaftliches Strategietreffen in Genf an.

Ein weiteres Ergebnis der Kooperation war die Veröffentlichung eines Kurzpapiers zum aktuellen Stand und ein Briefing-Papier zu Optionen für den weiteren Verlauf des Treaty-Prozesses und die möglichen Formen eines zukünftigen Abkommens.

Um den Prozess zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland erstellte und veröffentlichte GPF eine Kommentierung des ersten Vertragsentwurfs („Zero Draft“).

Als Teil der Kooperation mit der RLS wurden außerdem zwei Fachgespräche zum Thema „Private Mäzene und globale Partnerschaften – Lösung für die Finanzmisere der Vereinten Nationen“ mit besonderem Blick auf die Rolle der UN Foundation in Berlin und New York von GPF veranstaltet.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren, darunter Stiftungen, auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise im Rahmen des Geneva Global Health Hub (G2H2). Gemeinsam mit Brot für die Welt, Health Innovation in Practice, medico international und MISEREOR veranstaltete wir in Berlin ein Lunch-Briefing zum Einfluss von Stiftungen auf die Weltgesundheitsorganisation. Bei diesem Anlass wurde auch das gemeinsam veröffentlichte Briefing-Papier zu Philanthrocapitalismus in Globaler Gesundheit und Ernährung vorgesellt.

In dem Briefing-Papier „Regeln zu Wirtschaft und Menschenrechten - Wirtschaftslobby gegen jegliche Verbindlichkeit und wie die Politik darauf reagiert“ werteten wir die Ergebnisse von Informationsfreiheitsgesetzen bzgl. der Einflussnahme von Wirtschaftsverbänden auf die Formulierung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte aus.

Nachhaltig nur auf dem Papier?

Die ambivalente Rolle der Wirtschaft bei der Umsetzung der SDGs

von Karolin Seitz

Die Regierungen haben dem Privatsektor bei der Umsetzung und Finanzierung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) eine zentrale Rolle zugewiesen. Um die Finanzierungslücke zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer SDGs zu schließen, betrachten es viele in der internationalen Gemeinschaft als notwendig, sich stärker dem Privatsektor zuzuwenden. Durch die Einbeziehung des Privatsektors in den politischen Prozess rund um die SDG-Umsetzung erwarten die Regierungen nicht nur eine Schließung der Finanzierungslücke, sondern auch Anreize für Unternehmen, soziale und ökologische Belange besser in ihre Geschäftsstrategien und -praktiken einzubeziehen.

Während sich immer mehr Unternehmen öffentlich, u.a. in politischen Foren wie den Vereinten Nationen, für die Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen und ihre Corporate Social Responsibility (CSR)-Aktivitäten und Nachhaltigkeitsberichte an den SDGs ausrichten, sieht ihre Unternehmenspraxis oft anders aus. Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung entlang der Lieferkette transnational agierender Unternehmen sind nach wie vor keine Seltenheit. Gleichzeitig setzen sich die Interessenvertreter/innen der Wirtschaft seit Jahren erfolgreich gegen weitere nationale und internationale Regulierungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte ein. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Nachhaltigkeitsrhetorik und Unternehmenspraxis deutscher Unternehmen ist oftmals enorm.

Business as usual durch die Hintertür – Risiken und Probleme des SDG-Engagements der Unternehmen

Weltweit nutzen mittlerweile viele Konzerne, Unternehmensverbände und neu initiierte Unternehmensallianzen Nachhaltigkeitsbezüge in ihrer Außenkommunikation. Der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 wird dabei von einer wachsenden Zahl von Wirtschaftsakteuren als willkommene Gelegenheit gesehen, sich mit politischen Entscheidungsträger/innen auszutauschen, ihren Diskurs mit zu gestalten und ihre politischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Die verschiedenen Wirtschaftsakteure und Plattformen variieren hinsichtlich ihrer Aktivitäten, ihrer Zielsetzung, Größe und Funktionsweise. Ihre Ansätze zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihre Botschaften an die Regierungen sind jedoch oft ähnlich. Ein genauerer Blick hinter die oft blumige Sprache zeigt, dass das zur Schau gestellte Engagement für die SDGs und der Unternehmenseinfluss auf den SDG-Diskurs mit Risiken und Nebenwirkungen verbunden sind. Sie betreffen die Botschaften, die Problemanalysen, die Lösungsvorschläge und die von führenden Wirtschaftsvertreter/innen befürworteten Governance-Modelle. Zu den Kernproblemen zählen:

1. Die SDGs als „Business Case“: Wachstumsgläubigkeit vs. planetare Grenzen

Obwohl sich gezeigt hat, dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu mehr Wohlstand und Nachhaltigkeit führt, predigen Wirtschaftsverbände es weiter als Allheilmittel für Wohlstand und Entwicklung. Zwar mögen die Beschreibung als „Business Case“ und die langfristigen finanziellen Vorteile Wirtschaftsakteure tatsächlich dazu ermutigen, sich an der Umsetzung der SDGs zu beteiligen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass der Diskurs über die SDGs sich dadurch von seiner menschenrechtlichen Begründung entfernt und Umsetzungsmaßnahmen bevorzugt werden, die für die Wirtschaft profitabel sind. Solange

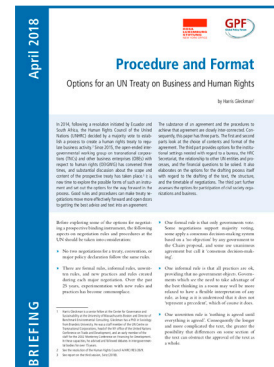
es zudem keine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gibt, werden die Treibhausgasemissionen weiter steigen, und die Belastungsgrenzen des Planeten werden weiter überschritten.

2. Drängen auf Deregulierung und ein förderliches Umfeld für private Investor/innen

Die Schaffung von unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen für private Akteur/innen ist eine der Hauptforderungen der Wirtschaftsvertreter/innen an die Regierungen, um sich an der Umsetzung der SDGs zu beteiligen. Der Privatsektor fordert von der Politik insbesondere die Notwendigkeit weitreichender Förderinstrumente und Schutzregelungen für private Investor/innen. Bisherige Formen des Investitionsschutzes im Rahmen bi- und multilateraler Investitionsabkommen können allerdings die Fähigkeit der Regierungen, die SDGs zu erreichen, beeinträchtigen, da sie ihren Handlungsspielraum hinsichtlich notwendiger sozial- und umweltpolitischer Regulierungen erheblich einschränken können.

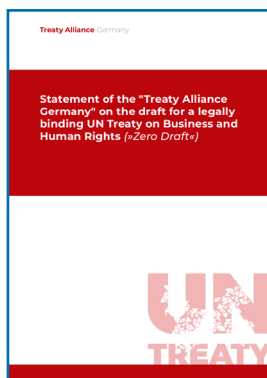
3. Innovation als Heilmittel: Fokus auf kurzfristige technische Lösungen

Nach Ansicht vieler Unternehmensverbände stellen Innovationen und neue technologische Entwicklungen das zentrale Mittel zur Erreichung der SDGs dar. Darunter fallen angereicherte Lebensmittel, gentechnisch veränderte Organismen und die Entwicklung neuer Impfstoffe. Die potenziellen Risiken dieser Technologien und die strukturellen Ursachen der Entwicklungsprobleme werden dabei allerdings vernachlässigt.



4. Vorzugsbehandlung für Wirtschaftsakteure unter dem Deckmantel von Multi-Stakeholder-Partnerschaften

Eine weitere Kernbotschaft von Wirtschaftsakteuren im SDG-Diskurs ist



das Plädoyer für verstärkte Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor (PPPs), sei es auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene. Unternehmensvertreter/innen stellen sich vielfach als unerlässliche Partner der UN und ihrer Mitgliedstaaten in allen Bereichen von Politikgestaltung und Global Governance dar. Dadurch steigt die Gefahr, dass das Ungleichgewicht zwischen Unternehmensinteressen und

den Interessen der Zivilgesellschaft in der globalen Politik zunimmt.

Politische Gestaltungsmacht zurückgewinnen, Unternehmenseinfluss begrenzen

Unternehmen spielen bei der Umsetzung der SDGs zweifellos eine wichtige Rolle. Diese Rolle anzuerkennen darf jedoch keinesfalls bedeuten, die weitere Akkumulation von privatem Reichtum und wirtschaftlicher Macht zu fördern, die Tür für den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik weiter zu öffnen und die Verantwortung zu ignorieren, die einige Industriesektoren für die Schaffung und Verschärfung genau der Probleme tragen, die mit der Agenda 2030 bewältigt werden sollen.

Die Forderungen nach einer stärkeren Rolle der Wirtschaftsakteure bei der Umsetzung der SDGs basieren häufig auf der Annahme, dass die globalen Probleme zu groß und der öffentliche Sektor zu schwach sei, um diese allein zu lösen. Warum aber ist der öffentliche Sektor scheinbar zu schwach, um die Herausforderungen der Agenda 2030 zu

meistern? Weshalb sind die öffentlichen Kassen leer? Im Grunde sind fehlende Fähigkeiten und Mittelknappheit keine zwangsläufige Erscheinung – sie sind Folge bewusster politischer Entscheidungen. Verschlimmert wird die Situation noch durch die weitverbreiteten Praktiken der Steuerhinterziehung und -vermeidung von transnationalen Unternehmen und Vermögenden. Hier zeigt sich ein Teufelskreis in der Schwächung des Staates: Die Kombination aus neoliberaler Ideologie, Wirtschaftslobbyismus, unternehmensfreundlicher Finanzpolitik sowie Steuervermeidung und -hinterziehung hat zu einer enormen Schwächung des öffentlichen Sektors und seiner Fähigkeit geführt, lebenswichtige Güter und Dienstleistungen bereitzustellen.

Statt weiter den irreführenden Diskurs über „Multistakeholderism“ und Partnerschaften zwischen grundsätzlich ungleichen Beteiligten zu führen, ist ein grundlegender Kurswechsel notwendig. Um die SDGs zu verwirklichen, muss die öffentliche Hand ordnungspolitischen Gestaltungsraum zurückgewinnen. Dies umfasst unter anderem folgende Maßnahmen:

1. Stärkung politischer Entscheidungsmacht und öffentlicher Finanzen: Die Finanzpolitik kann zu einem wirkungsvollen Instrument werden, soziale Ungleichheiten abzubauen, Diskriminierung zu beseitigen und den Übergang zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern zu fördern. Dazu gehören proaktive Steuerpolitiken, um umwelt- und sozialpolitische Ziele zu erreichen und gleichzeitig menschenrechtliche Verpflichtungen zu erfüllen. Der fiskalpolitische Spielraum kann durch die Abschaffung von Steuervergünstigungen für Unternehmen und von schädlichen Subventionen erweitert werden. Um ihren Regulierungsspielraum im Sinne der Agenda 2030 zu sichern, sollten die Regierungen ihre Politik der Handels- und Investitionsliberalisierung grundlegend überdenken und verpflichtende Menschenrechtsfolgeabschätzungen sowie die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in den Mittelpunkt aller künftigen Handels- und Investitionsabkommen stellen.

2. Infragestellung des Multi-Stakeholder-Konzepts:

Um die potenziellen Vorteile von öffentlich-privaten Initiativen und Partnerschaften sicherzustellen und Risiken und Nebenwirkungen zu vermeiden, sollte eine grundlegende Prüfung der bestehenden und zukünftigen Partnerschaften und ihres Mehrwerts erfolgen. Impact Assessments und Evaluierungen sind daher dringend erforderlich. Sie sollten sich nicht auf die Frage beschränken, ob die Partnerschaften ihre selbstdefinierten Ziele erreichen. Weit grundsätzlicher wäre unter anderem zu prüfen, welchen Einfluss private Akteure auf die Problemanalyse, die politische Prioritätensetzung und die Finanzierung solcher Partnerschaften haben. Außerdem wäre natürlich zu prüfen, welchen Beitrag die Partnerschaftsprojekte tatsächlich zur Verwirklichung der SDGs leisten.

3. Festlegung von Regeln für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, der EU, der Bundesregierung und dem Privatsektor:

Die Interaktion zwischen UN und Wirtschaft ist bislang kaum geregelt. Daher sollten UN-weite Regeln für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor geschaffen werden, um Mindeststandards für das Engagement zwischen den Vereinten Nationen und dem Privatsektor festzulegen, den unangemessenen Einfluss von Unternehmen auf die Politik der UN zu verhindern und Unternehmen, die

international anerkannte Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards verletzen oder auf andere Weise gegen UN-Prinzipien verstoßen, von einer Zusammenarbeit auszuschließen. Entsprechende robuste Regeln werden auch auf EU-Ebene und in Deutschland benötigt.

4. Verbindliche Regeln für Wirtschaft und Menschenrechte schaffen:

Um die in der Agenda 2030 beschriebene Vision zu erreichen, müssen nicht nur zusätzliche Ressourcen und Investitionen mobilisiert werden. Die bestehenden und zusätzlichen Investitionen müssen die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Verbindliche Regeln, die Unternehmen dazu verpflichten, Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Wertschöpfungsketten sicherzustellen, sollten sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene etabliert werden. Regierungen sollten sich für ein ambitioniertes verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („UN-Treaty“) einsetzen, wie es derzeit im UN-Menschenrechtsrat verhandelt wird.



Lunch Briefing „WHO sets the Global Health agenda?“ im Oktober 2018 in Berlin

III. Finanzbericht 2018

Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe verlief auch 2018 erfreulich. Das Jahr konnte mit einem Überschuss in Höhe von 8.391,00 Euro und einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Der Umsatz blieb nach dem erheblichen Anstieg 2016 etwa auf dem Niveau der beiden Vorjahre und lag bei 309.227,09 Euro (s. Grafik).

Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete, die Kosten für Veröffentlichungen sowie die Reise- und Veranstaltungskosten.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren im Jahr 2018 MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Engagement Global gGmbH. Sie unterstützen unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen.

Weiterhin erhielt GPF Europe 2018 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützte unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (*Treaty-Prozess*).

Zusätzlich erhielten wir Mittel aus dem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Social Watch zum Thema Monitoring, Advocacy und Networking im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der UN (*Global Policy Watch*, www.globalpolicywatch.org). Das Instituto del Tercer Mundo erhielt als formaler Träger von Social Watch für dieses Projekt einen Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Schließlich finanzierte ein Konsortium verschiedener deutscher Nichtregierungsorganisationen und Verbände unsere Koordinations- und

Redaktionstätigkeit im Rahmen des deutschen Schattenberichts zur Agenda 2030.

Da viele Aktivitäten von GPF Europe in Zusammenarbeit mit anderen NGOs und Stiftungen durchgeführt wurden, wurde ein Teil der Projektkosten (Veranstaltungen, Reisekosten etc.) direkt von diesen Kooperationspartnern getragen. Das gilt zum Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Weiterhin besteht die Hauptaufgabe darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit von GPF Europe über punktuelle Einzelvorhaben hinaus auf eine langfristig stabile Finanzgrundlage zu stellen.

Da eine Reihe mehrjähriger Projekte und Kooperationsvorhaben Ende 2018 bzw. im ersten Halbjahr 2019 endete, bestand eine wesentliche Herausforderung im zweiten Halbjahr 2018 in der Beantragung neuer Fördermittel bzw. der Erneuerung bestehender Kooperationsvorhaben. Erfreulicherweise ist dies sowohl mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global gGmbH als auch mit MISEREOR und Brot für die Welt gelungen. Mit ihnen konnten jeweils neue Dreijahresverträge abgeschlossen werden, so dass die Finanzierung eines Großteils der Aktivitäten von GPF Europe bereits bis 2021 gewährleistet ist.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, war bisher der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie konnten 2018 auf insgesamt 117.952,23 Euro gesteigert werden (s. Grafik). Nur so können bei Bedarf Liquiditätengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

Abbildung 1 — Umsatz GPF Europe 2004-2018 (in Euro)

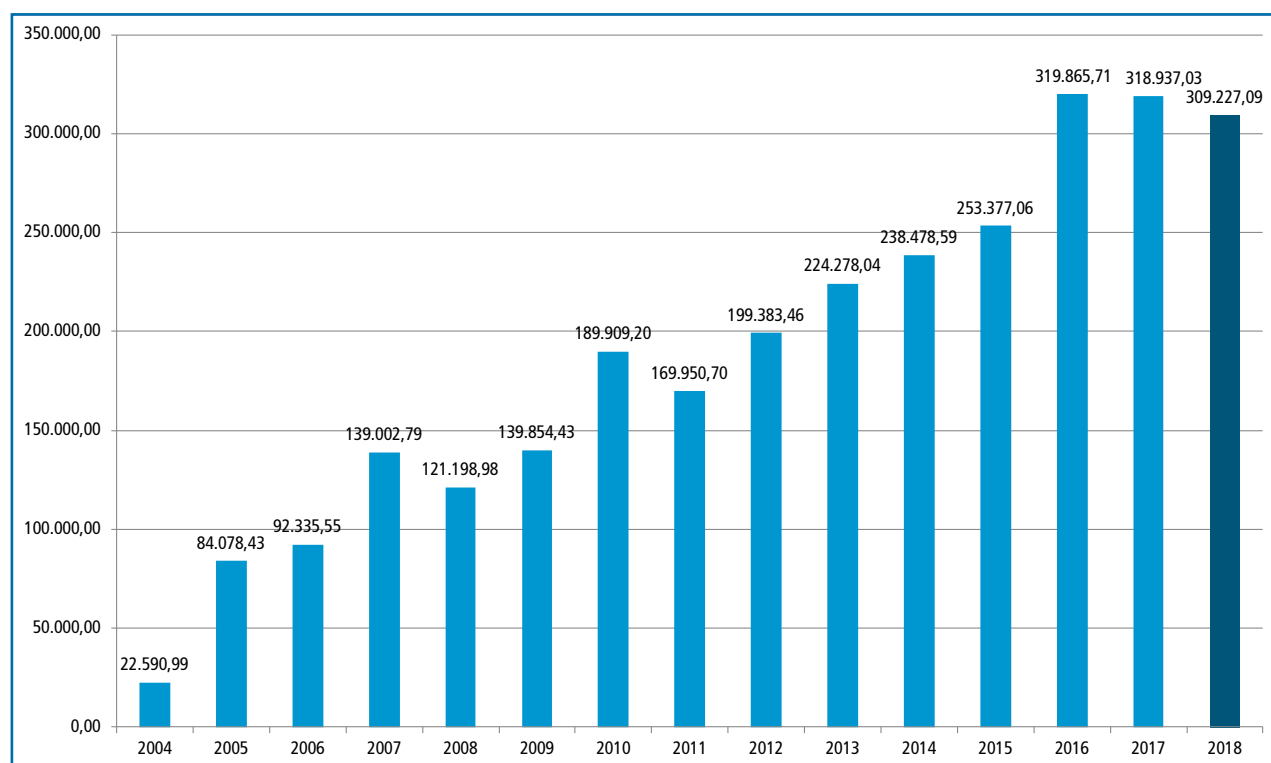
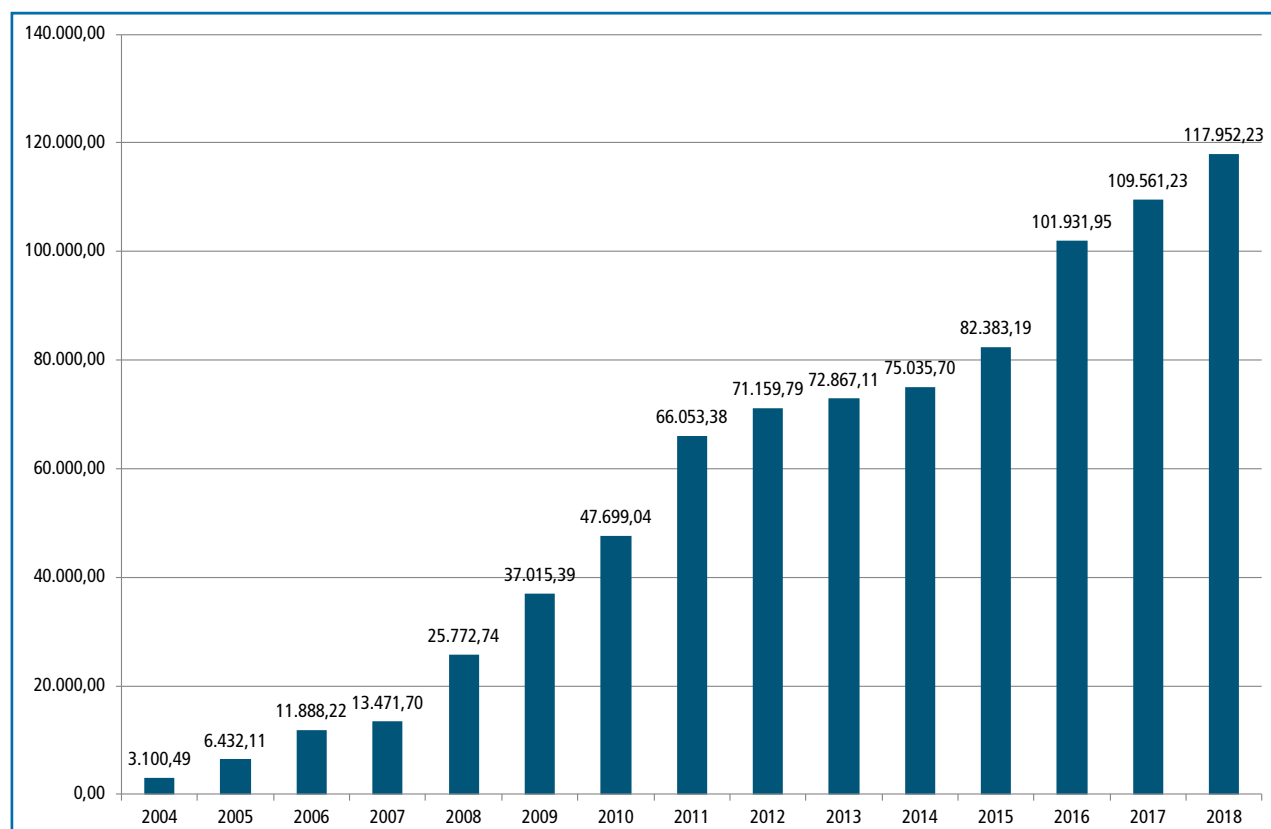


Abbildung 2 — Rücklagen GPF Europe 2004-2018 (in Euro)



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018













Beträge in Euro

Bilanz	2018	2017
Aktiva		
A. Anlagevermögen	905,00	1.752,00
B. Umlaufvermögen	131.021,43	137.266,54
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.000,00	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	127.021,42	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		830,00
Summe	131.926,43	139.848,54
Passiva		
A. Eigenkapital	117.952,23	109.561,23
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	117.952,23	109.561,23
2. Bilanzgewinn		0,00
B. Rückstellungen	1.456,44	1.433,11
C. Verbindlichkeiten	12.517,76	28.854,20
1. Erhaltene Anzahlungen	12.500,00	28.854,20
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	17,76	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	131.926,43	139.848,54
Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017
1. Umsatzerlöse	309.227,09	318.937,03
a. Engagement Global gGmbH	46.900,38	63.174,00
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	43.300,00	47.300,00
c. Brot für die Welt	48.866,16	41.186,34
d. MISEREOR	48.866,16	40.133,84
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	36.910,00	38.960,00
f. Instituto del Tercer Mundo	28.125,46	29.924,67
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	34.371,88	34.377,92
h. Deutscher Naturschutzring	4.800,00	7.479,00
i. terre des hommes (tdh)	0	2.500,00
j. VENRO	4.180,00	0
k. Andere Geldgeber	6.280,00	7.020,00
l. Publikationserlöse	1.377,05	1.814,26
m. Mitgliedsbeiträge	2.940,00	2.945,00
n. Spendeneinnahmen	2.310,00	2.122,00
2. Honorare an Dritte	8.687,95	12.307,00
3. Personalaufwand	231.178,14	225.859,94
4. Abschreibungen	847,00	1.392,31
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	60.134,63	71.745,36
a. Raumkosten	10.150,40	10.170,28
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	300,00	200,00
c. Reparatur- u. Instandhaltungskosten	2.460,50	2.687,00
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	26.580,99	22.574,48
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	20.642,74	36.113,60
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	3,26
7. Zinsen und sonstige Erträge (inkl. Erträge aus der Währungsumrechnung)	11,63	0,12
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.391,00	7.629,28
9. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
10. Jahresüberschuss	8.391,00	7.629,28
11. Einstellungen in die Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	8.391,00	7.629,28
12. Bilanzgewinn	0,00	0,00

IV. Daten und Fakten 2018

1. Vorstand und Mitarbeiter/innen

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2018: 49) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, dem Programmkoordinator Wolfgang Obenland und der Programmmitarbeiterin Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter/innen, Praktikant/innen und Berater/innen.

Vorstand GPF Europe		Vorstand GPF New York	
	<i>Dr. Tanja Brühl</i> Vorstandsvorsitzende; Professorin, Universität Frankfurt am Main		<i>Barbara Adams</i> Vorstandsvorsitzende
	<i>Dr. Michèle Roth</i> Schatzmeisterin; Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn		<i>Abigail Neville</i> Schatzmeisterin
	<i>Bodo Ellmers</i> Vorstandsmitglied; Policy and Advocacy Manager bei Eurodad		<i>Marina Lent</i> Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
	<i>Verena Winkler</i> Vorstandsmitglied; freiberufliche Beraterin und Consultant		<i>Marina Durano</i> Vorstandsmitglied
			<i>Jens Martens</i> Geschäftsführender Vorstand
Mitarbeiter/innen			
GPF Europe		GPF New York	
	<i>Wolfgang Obenland</i> Programmkoordinator (Bonn)		<i>Barbara Adams</i> Freie Mitarbeiterin (New York)
	<i>Karolin Seitz</i> Programme Officer (Bonn)		<i>Sarah Dayringer</i> Programme Officer (New York)
Praktikantinnen (GPF Europe)			
<i>Laura Angresius</i>	<i>Carolin Hornbach</i>	<i>Yee-Sol Chang</i>	
Berater/innen			
<i>Lou Pinget</i> Policy Advisor (Montreal)	<i>Klaus Hüfner</i> Senior Research Fellow on UN Finance (Berlin)		
<i>David Weaver</i> Policy Advisor (New York)	<i>Henning Melber</i> Policy Advisor (Uppsala)		

2. Veröffentlichungen

Adams, Barbara (2018): Smallholder Farmers' Rights are Women's Rights. GPW Briefing #21. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/03/GPW21_2018_03_20.pdf

Adams, Barbara and the GPW team (2018): SDG shadow implementation – hidden in plain sight. GPW Briefing #26. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/07/GPW26_2018_07_13.pdf

Adams, Barbara und Karen Judd (2018):

Desperately Seeking Indicators: different players, different priorities. GPW Briefing #27. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/11/GPW27_2018_11_01.pdf

Adams, Barbara und Karen Judd (2018): The 2030 Agenda, donor priorities and UN mandates – Lessons from the WHO experience. GPW Briefing #20. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/01/GPW20_2018_01_15.pdf

Adams, Barbara und Karen Judd (2018): The Ups and Downs of Tiers: Measuring SDG Progress. GPW Briefing #22. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/04/GPW22_2018_04_30.pdf

Adams, Barbara and Jens Martens (2018): The UN Foundation – A foundation for the UN? Global Policy Forum and Rosa-Luxemburg-Stiftung – New York Office. Bonn/Berlin/New York.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/The_UN_Foundation_online.pdf

Adams, Barbara und Loraine Mills (2018):

The semantics of partnership – Partnerships for Sustainable Development – inclusive and accountable or laissez-faire marketplace? GPW Briefing #24. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/05/GPW24_2018_05_30.pdf

Adams, Barbara/Judd, Karen/Seitz, Karolin (2018): Die Agenda 2030, Geberprioritäten und ein neuer Funding Compact der UN: Einige Lehren aus den Erfahrungen der WHO. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0318_Geberprioritaeten.pdf

Bissio, Roberto (2018): SDG indicators: The forest is missing. GPW Briefing #23. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/04/GPW23_2018_04_30.pdf

Bissio, Roberto (2018): UN SDG progress reports: how statistics play favorites. GPW Briefing #25. New York.

https://www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2018/07/GPW25_2018_07_09.pdf

Chang, Yee-Sol und Karolin Seitz (2019):

SDG 3 – Deutschlands Engagement für Globale Gesundheit: Der Globale Aktionsplan für ein gesundes Leben und das Wohlergehen aller Menschen und der Prozess zur Neuformulierung der Strategie der Bundesregierung zu Globaler Gesundheit. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0119_SDG3_online.pdf

Dentico, Nicoletta und Karolin Seitz (2018):

Philanthrocapitalism in global health and nutrition: analysis and implications. Discussion Paper. MISEREOR/Brot für die Welt/Health Innovation in Practice/Global Policy Forum/medico international. Aachen/Bonn/Berlin/Geneva/Frankfurt a.M.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Philanthrocapitalism_DiscussionPaper_10-2018.pdf

Forum Umwelt und Entwicklung/

Unfairtobacco/Global Policy Forum/

MISEREOR/Brot für die Welt (Hrsg.) (2018):

Vereinnahmung oder echte Transformation? Der Privatsektor und die Sustainable Development Goals. Aachen/Berlin/Bonn.

German NGO Forum on Environment and Development/Unfairtobacco/Global Policy Forum/MISEREOR/Brot für die Welt

(Hrsg.) (2018): Highjacking the SDGs? The Private Sector and the Sustainable Development Goals. Aachen/Berlin/Bonn.

<https://www.2030agenda.de/sites/default/files/Hijacking%20the%20SDGs.pdf>

Gleckman, Harris (2018): Procedure and Format. Options for an UN Treaty on Business and Human Rights. Global Policy Forum and Rosa Luxemburg Stiftung–New York Office. Berlin/Bonn/New York.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_UN_Treaty_Procedure_and_Format.pdf

Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2018): Deutschland und die UN–Nachhaltigkeitsagenda 2018: So geht Nachhaltigkeit! Zivilgesellschaftliche Initiativen und Vorschläge für nachhaltige Politik. Berlin/Bonn/Frankfurt (Main).

www.2030report.de

Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2018): Spotlight on Sustainable Development 2018: Exploring new policy pathways. How to overcome obstacles and contradictions in the implementation of the 2030 Agenda. Report of the Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development. Beirut/Bonn/Ferney–Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva.

www.2030spotlight.org

Kerkow, Uwe und Karolin Seitz (2018): Regeln zu Wirtschaft und Menschenrechten: Wirtschaftslobby gegen jegliche Verbindlichkeit und wie die Politik darauf reagiert. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0518_Wirtschaftslobby_NAP.pdf

MacFeely, Steve and Bojan Nastav (2018): “You say you want a [data] Revolution”: A proposal to use unofficial statistics for the SDG Global Indicator Framework. GPW Guest Working Paper. New York.

<https://www.globalpolicywatch.org/blog/2018/11/02/you-want-a-data-revolution/>

Martens, Jens (2018): Das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung 2018: Drittes globales Treffen zur Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0818_HLPPF.pdf

Martens, Jens (2018): Die Agenda 2030 als Referenzrahmen neuer zivilgesellschaftlicher Bündnisse. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing_1218_Agenda2030_Zivilgesellschaft_online.pdf

Martens, Jens (2018): Zivilgesellschaft und Agenda 2030: Neue Allianzen für die sozial–ökologische Transformation? Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Zivilgesellschaft_und_Agenda2030_online.pdf

Obenland, Wolfgang (2018): Die Mühen der Ebene: Indikatoren und die Agenda 2030. Bonn. https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing_1218_Indikatoren.pdf

Obenland, Wolfgang (2018): SDG Bonds: Private finance to the rescue? In: German NGO Forum on Environment and Development/Unfairtobacco/Global Policy Forum/MISEREOR/Brot für die Welt (Hrsg.): Highjacking the SDGs? The Private Sector and the Sustainable Development Goals. Aachen/Berlin/Bonn, S. 12–19.

<https://www.2030agenda.de/sites/default/files/Hijacking%20the%20SDGs.pdf>

Obenland, Wolfgang (2018): SDG–Bonds: Privates Kapital als Rettungsanker? In: Forum Umwelt und Entwicklung/Unfairtobacco/Global Policy Forum/MISEREOR/Brot für die Welt (Hrsg.): Vereinnahmung oder echte Transformation? Der Privatsektor und die Sustainable Development Goals. Aachen/Berlin/Bonn, S. 13–20.

Obenland, Wolfgang (2019): Das High–level Political Forum on Sustainable Development: Reformoptionen und –notwendigkeiten. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Arbeitspapier_HLPPF_online.pdf

Obenland, Wolfgang (2019): Die Überprüfung der Umsetzungsmittel für die Agenda 2030: Ansätze für eine bessere Verzahnung von HLPF und FfD–Forum. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing_0119_HLPPF_und_FfD_online.pdf

Obenland, Wolfgang (2019): Review eines Review–Prozesses: Reformvorschläge für das High–level Political Forum on Sustainable Development. Bonn. https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Briefing_0119_HLPPF-Reform.pdf

Paasch, Armin/Seitz, Karolin/Leifker, Maren/Reinwald, Eva-Maria/Otten, Julia (2019): Briefing-Paper zum Zero Draft – Entkräftung von Argumenten gegen einen UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte. Aachen/Berlin/Bonn.
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/TA-D-Briefing-Papier_ZeroDraft_0119_online.pdf

Seitz, Karolin (2018): One step further towards global regulation of business. Report of the third session of the UN working group on a binding instrument on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights (“treaty”). Global Policy Forum and Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office. Bonn/New York.
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPF-Briefing_One_step_further_Report_of_the_3rd_session_on_the_Treaty.pdf

Seitz, Karolin (2018): Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln. Bericht über die dritte Tagung der UN-Arbeitsgruppe für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Treaty“). Global Policy Forum/Rosa Luxemburg Stiftung–New York Office. Bonn/New York.
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPF-Briefing_EinweitererSchrittBerichtder3.Tagung_zum_Treaty.pdf

Seitz, Karolin (2018): Menschenrechte brauchen Verbindlichkeit. In: VEN-Positionen 1/2018. Wirtschaft und Menschenrechte, S. 14–15. Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen.
https://ven-nds.de/images/ven/service/downloads/VEN_Positionen_1_2018.pdf

Seitz, Karolin (2018): Der „Zero Draft“ und die 4. Arbeitsgruppensitzung für ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. In: CorA-Newsletter, Oktober 2018, S. 8–9. CorA-Netzwerk. Berlin.
https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2018/10/CorA_Newsletter_2018-10.pdf

Seitz, Karolin (2019): What you get for your dollar. „Effective Altruism“ – What it is, how philanthropic foundations use it and what are its risks and side-effects. MISEREOR/Brot für die Welt/Global Policy Forum. Aachen/Berlin/Bonn
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0119_Effective_Altruism.pdf

Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2018): Stellungnahme zum Entwurf für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Zero Draft“).
https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2018/10/2018-09_Treaty-Alliance-Dtl_Stellungnahme-Zero-Draft_web.pdf

Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2018): Statement of the „Treaty Alliance Germany“ on the draft for a legally binding UN Treaty on Business and Human Rights (»Zero Draft«).
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/TreatyAllianceGermany_StatementZeroDraft_10-2018.pdf

3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
Vortrag von Jens Martens zu Deutscher Entwicklungspolitik zu Beginn der neuen Legislatur von bei GIZ Abteilung Landwirtschaft und Ernährung in Limburg	8.1.
Podiumsteilnahme von Wolfgang Obenland beim II. Kölner Nachhaltigkeitstalk von Bündnis kommunale Nachhaltigkeit Köln, forumZFD und KölnAgenda	24.1.
Vortrag von Jens Martens zu UN und Wirtschaft bei DGVN Bundesvorstand in Berlin-Schmöckwitz	27.01.
Vorträge von Jens Martens zu Deutscher Entwicklungspolitik und Agenda 2030 sowie Einfluss von NGOs an der Hochschule Düsseldorf	30.1.
Vortrag von Jens Martens zu Sustainable Development Goals und Rolle der Zivilgesellschaft bei der Stadt Frankfurt/Netzwerk Nachhaltigkeit lernen in Frankfurt u.a.	5.2.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als neuer Referenzrahmen für Kommunen bei EPN Hessen in Frankfurt	10.2.
Fachgespräch „Wie weiter mit der Entwicklungsfinanzierung?“ in Berlin	20.2.
Vortrag von Jens Martens zu Globalen Nachhaltigkeitszielen bei der Stadt Nürnberg	9.3.
Roundtable-Diskussion „The Way Forward – Towards a UN Treaty on Business and Human Rights: The Future Process and Key Elements“ von CIEL, FIAN International, Franciscans International, Friends of the Earth International, Global Policy Forum, Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office in Genf	9.3.
Side-event „Strategies for Empowering Rural Women“ bei CSW in New York	12.3.
Vorträge von Wolfgang Obenland zur Agenda 2030/SDGs an der Schule St. Clara in Rottenburg	16.3.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 und Kommunen bei der LAG 21 in Bonn	22.3.
Fachgespräch „Private Mäzene und globale Partnerschaften – Lösung für die Finanzmisere der Vereinten Nationen“ gemeinsam mit der RLS in Berlin	28.3.
Vortrag von Jens Martens zu SDGs und Kommunen beim Bündnis eine Welt Schleswig-Holstein in Kiel	13.4.
Side-event „Illicit Financial Flows: Time to Drop False Solutions and Embrace Real Change“ beim FfD-Forum in New York	23.4.
Roundtable Discussion „Private donors and global partnerships – a way out of the funding dilemma of the United Nations?“ gemeinsam mit der RLS in New York	23.4.
Panel Discussion „Remedies for Cross-Border Human Rights Violations: A Status Report on the Binding Treaty on TNCs and other Business Enterprises“ von Corporate Accountability, ESCR-Net, FIAN International, Franciscans International, Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity, Global Policy Forum, Rosa Luxemburg Stiftung-New York Office, und Transnational Institute in New York	25.4.
Side-event „Looking forward: How can the FfD Follow-up live up to its full potential?“ beim FfD-Forum in New York	26.4.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur Finanzierung der Agenda 2030 bei VENRO/Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin	28.5.
Vortrag von Karolin Seitz zu „Current debates and challenges of global health governance“ zur Präsentation des Global Health Watch 5 bei Berlin Interdisciplinary Global Health Network, CIEE Global Institute, Medico International in Berlin	30.5.
Vortrag von Jens Martens zur Umsetzung der Agenda 2030 beim 4. Hamburger Ratschlag zur Agenda 2030	1.6.

Was	Wann
Vortrag von Karolin Seitz zu „Globale Partnerschaften – Wundermittel zur Umsetzung der 2030-Agenda?“ bei der DGVN in Würzburg	9.6.
Vortrag von Karolin Seitz zu „SDGs und Bundeshaushalt“ bei der DGVN in Würzburg	9.6.
Vortrag von Karolin Seitz zum UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte bei der Ökumenischen Initiative Eine Welt in Köln	10.6.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur 2030.local – SDGs für das Ammerland? beim Ev. Erwachsenenbildungswerk Ammerland in Westerstede	14.6.
Side-Event zum Launch des Spotlight on Sustainable Development 2018 beim HLPF in New York	12.7.
Side-Event „SDG-implementation at national level: What's the point of national reports?“ beim HLPF in New York	13.7.
Side-Event beim HLPF zu „Partnership or Business Case? Private Sector and the SDGs“ in New York	13.7.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur Umsetzung der Agenda 2030 durch Fairen Handel bei Transfair/Fairtrade Deutschland in Köln	28.08.
Vortrag von Jens Martens zu „Nachhaltige Bundeshauptstadt“ im Abgeordnetenhaus in Berlin	11.9.
Fachkonferenz „Mehr Mut zu Multilateralismus“ von Brot für die Welt, Forum Umwelt und Entwicklung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Global Policy Forum und MISEREOR in Berlin	13.9.
Präsentation „Changing Course for Sustainable Development – Bold Alternatives to Business as Usual“ in Genf	17.9.
Pressekonferenz in Berlin zum Launch von Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2018 in der Bundespressekonferenz	25.9.
Podiumsbeitrag von Karolin Seitz bei der RLS in Berlin zum Stand des UN-Treaty-Prozesses	27.9.
Podiumsbeitrag von Jens Martens bei der DGVN in Berlin zu „UN und Wirtschaft“	4.10.
Lunch Briefing „WHO sets the Global Health agenda?“ von Brot für die Welt, Global Policy Forum, medico international, und MISEREOR in Berlin	15.10.
Podiumsteilname von Wolfgang Obenland u.a. zu Finanzierung nachhaltiger Entwicklung bei SDSN-Germany in Bonn.	17.10.
Zivilgesellschaftliches Strategietreffen „Beyond the 4th session“ gemeinsam mit der RLS in Genf	18.10.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 und Kommunen bei der EPN Hessen in Marburg	20.10.
Vortrag von Jens Martens zu Staat und Unternehmen als Akteure bei der Umsetzung der SDGs beim AK Kirchlicher Investoren in Kassel	25.10.
GPF-Workshop „Zwischenbilanz und Zukunftsperspektiven des HLPF“ gemeinsam mit der FES in Bonn	14.11.
GPF-Workshop „Die Zivilgesellschaft und die Agenda 2030“ gemeinsam mit FES in Bonn	15.11.
Vortrag von Jens Martens zum SDG-Prozess an der Uni Frankfurt	20.11.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur Finanzierung der Agenda 2030 in Berlin bei Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO	22.11.
Vortrag von Jens Martens zu UN und Wirtschaft bei DGVN Bayern in München	23.11.
Vortrag von Jens Martens zu SDG-konformen Landeshaushalten beim Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin.	27.11.
Vortrag von Wolfgang Obenland über globale Steuergovernance bei UN-ESCWA in Beirut	29.11.

4. GPF im Internet

www.globalpolicy.org

www.globalpolicywatch.org

www.2030agenda.de

www.2030report.de

www.2030spotlight.org

www.reflectiongroup.org

